59. Jahrgang No. 608

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Freitag, 29. Dezember 1911

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** für Gr.-Berlin: **20 Pf. wöchentl.** bzw. **85 Pf. monatl.** frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pfennig und vierteljährlich Mark 2.70. **Insertionspreis** für die Zeile 40 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46/49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131–10148.
**Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.**

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

**Filialen:** Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1-3, Frankfurter Allee 61-62, Gr. Frankfurterstr. 31 und 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27, Badstr. 55, Königstr. 56-57, Rosenthalerstr. 48, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39; Frankfurt a. O., Regierungsstr. 5; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 39; Gr.-Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2; Halensee-Grunewald: Henriettenpl.; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 129; Pankow: Bornholmerstr. 1; Potsdam: Brandenburgerstr. 28; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 6; Spandau: Breitestr. 47; Tegel: Berlinerstr. 90; Weissensee: Berliner Allee 28; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98-99.
**Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.**

# Oesterreich-Ungarn und der Dreibund.

## Graf Aehrenthal über Marokko und den Tripolis-Krieg.

Die **Delegationen** sind, wie uns ein Telegramm aus Wien berichtet, gestern zur Erledigung des viermonatigen Budgetprovisoriums zusammengetreten.

Nach der konstituierenden Plenarsitzung der ungarischen Delegation trat der sogenannte vereinigte Viererausschuß zu einer Sitzung zusammen.

**Der Minister des Aeußern Graf Aehrenthal**

nahm zunächst das Wort und führte aus: Das Haus wird es begreiflich finden, wenn ich mit Rücksicht auf den zwischen Italien und der Türkei bestehenden Kriegszustand in meinen Aeußerungen eine große Reserve beobachte. Die Herren Ministerpräsidenten haben in den Parlamenten am 22. Oktober Erklärungen betreffend die auswärtige Politik abgegeben und die Neutralität der österreichisch-ungarischen Monarchie betont. Die österreichisch-ungarische Diplomatie war bemüht, auch nach Eintritt der Feindseligkeiten nach Möglichkeit für die Beendigung des Krieges einzutreten. Diese Bestrebungen haben **bisher leider zu keinem Resultat geführt. Wir wissen uns aber eins** in diesen Bestrebungen mit allen anderen neutralen Mächten und hoffen, **daß in einem gegebenen Zeitpunkt unsere Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden. Wir wünschen den baldigen Abschluß des Krieges,** weil es sich um einen Waffengang handelt zwischen einer mit uns verbündeten Macht und einem Staate, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Unser Interesse an der baldigen Herstellung des Friedens ist um so intensiver, als bei einer längeren Kriegsdauer eine Gefahr für die

**Erhaltung des Statusquo am Balkan**

entstehen könnte. Wir hegen die Zuversicht, daß diese Gefahr nicht eintreten wird. Die italienische Regierung hat gleich bei Beginn des Krieges in unzweideutiger Weise öffentlich erklärt, daß sie an dem politischen Prinzip, welches die Erhaltung des Statusquo am Balkan zum Ziele hat, bestimmt festhalten wolle. **Diesem Entschluß hat Italien seine Haltung angepaßt.** Die Zuversicht, von der ich eben gesprochen habe, gründet sich ferner auf den übereinstimmenden Wunsch aller Großmächte, daß der Statusquo am Balkan nicht gefährdet werde seitens der Regierungen der Balkanstaaten. Ich glaube auch, es ist das allgemeine Bestreben, die Gefahr und Greuel eines Krieges zu vermeiden.

Die Grundlagen unserer auswärtigen Politik bleiben selbstverständlich unverändert. (Beifall.) Gestützt auf unsere bewährten Bündnisse und die freundschaftlichen Beziehungen, die wir mit allen Mächten unterhalten, wird unsere Hauptaufgabe darin liegen, dazu beizutragen, daß der auch für andere Staaten nicht ungefährliche italienisch-türkische Krieg durch einen Friedensschluß beendet werde, welcher für beide Teile gleich ehrenvoll sein wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will mich nun kurz

**dem marokkanischen Problem**

zuwenden, welches in den letzten Monaten stark im Vordergrunde der Dinge stand und nun glücklicherweise zu einem friedlichen Abschluß gebracht wurde. Wir wurden ebenso wie die anderen an der Konferenz von Algeciras beteiligten Mächte seinerzeit von den militärischen Maßnahmen Frankreichs und Spaniens unterrichtet, welche diese Staaten zum Schutze ihrer Interessen in Marokko zu ergreifen sich genötigt sahen. Wir haben gleich den anderen Regierungen diese Mitteilungen zur Kenntnis genommen und dabei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die drei in Algeciras vereinbarten Grundsätze, die Integrität des scherifischen Reiches, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Handelsfreiheit, auch in Zukunft intakt erhalten bleiben. Im Verlauf der Ereignisse hat

**die deutsche Regierung**

die Auffassung gewonnen, daß vielleicht diese Prinzipien nicht in allen Stücken werden aufrecht erhalten werden können, und hat sich veranlaßt gefunden, mit der französischen Regierung Fühlung zu nehmen und zu versuchen, die wirtschaftlichen Prinzipien, das ist die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Handelsfreiheit für den Welthandel, dauernd zu sichern. Deutschland hat von Anbeginn an deutlich die Absicht kundgegeben, die Verhandlungen ohne Herbeiziehung einer anderen Macht mit Frankreich allein zu Ende zu führen. Dieses Ziel hat Deutschland vollkommen erreicht. Wir haben uns aber nicht bloß auf das Aussprechen guter Wünsche beschränkt, in Uebereinstimmung mit der Haltung, welche die **österreichisch-ungarische Diplomatie** seit Beginn der marokkanischen Wirren eingenommen hatte. Sie war auch diesmal bestrebt und in der Lage,

**im Sinne eines friedlichen Abschlusses zu wirken.**

Die am 4. November erfolgte Unterzeichnung der deutsch-französischen Konvention hat uns mit aufrichtigster Genugtuung erfüllt, nicht nur weil dadurch eine Frage, welche die Welt durch eine Reihe von Jahren in Unruhe versetzt hat, in friedliche Bahnen gelenkt worden ist, sondern weil die wirtschaftlichen Prinzipien in Marokko keine Veränderung erfahren haben. Oesterreich-Ungarn war und wird immer eine Stütze der **konservativen Richtung** (Graf Aehrenthal meint hier sicherlich konservativ im allgemeinen und nicht im parteipolitischen Sinne. D. R.) in Europa und im nahen Orient bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Hebung unserer Wehrmacht erfolgt ausschließlich zum Schutze unserer eigenen Sicherheit (allgemeine Zustimmung) und um uns in die Lage zu versetzen, mit unseren Verbündeten für den allgemeinen Frieden einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Wehrmacht bedarf zur Durchführung der auf die Wahrung des Friedens und der Interessen der Monarchie gerichteten Aufgabe noch dringend einer Kräftigung durch die Erhöhung ihres personellen Bestandes. Diesem Bedürfnis soll durch die Wehrvorlagen abgeholfen werden, welche den Parlamenten seit geraumer Zeit vorliegen. „Qui cito dat, bis dat“ (Doppelt gibt, wer schnell gibt). Die Parlamente können ihr Votum für die Vorlagen mit der Beruhigung abgeben, daß sie hierdurch dem Friedenswerk unseres geliebten Herrschers eine neue kräftige Stütze verleihen werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Delegierte Heltai richtete an den Minister des Aeußern unter **Berufung auf die großen Interessen des Dreibundes** die Anfrage, ob **das Auswärtige Amt von Oesterreich-Ungarn mit dem Standpunkt der reichsdeutschen Regierung in der Marokkofrage übereinstimmte.** Der Minister **Graf Aehrenthal** erwiderte: Der Delegierte Heltai hat an mich mit Bezug auf meine **Darstellung** über den Verlauf der marokkanischen Angelegenheit eine Doppelfrage gerichtet. Die Erklärung der deutschen Regierung vom 30. Juni hätte, wie der Delegierte meinte, den Zweck gehabt, die Signatarmächte von Algeciras zu verständigen, daß die deutsche Aktion das Ziel habe, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Handelsfreiheit in Marokko sicherzustellen. Wenn sich der Delegierte meine Ausführungen gegenwärtig hält, so wird er sehen, daß ich gesagt habe, die deutsche Regierung sei im Laufe der Ereignisse zu der Auffassung gekommen, daß die Prinzipien von Algeciras nicht in allen Stücken aufrechterhalten werden könnten, und sie habe daher Fühlung mit der französischen Regierung gesucht, um gerade die wirtschaftlichen Prinzipien zu sichern. Was die zweite Frage betrifft, daß Deutschland die Verhandlungen allein führen wollte, so verweise ich auf die Rede des Deutschen Reichskanzlers vom 5. Dezember, worin er gegenüber der Kritik, die an der deutschen Politik von gewissen Seiten geübt wurde, mit allem Nachdruck darauf verwies, daß die deutsche Regierung es als die vornehmste Aufgabe ihrer Politik betrachtete, die Verhandlungen mit Frankreich allein zu führen. Nachdem die deutsche Regierung mir mitgeteilt hatte, daß ihre Bemühungen darauf gerichtet seien, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und Handelsfreiheit in Marokko aufrecht zu erhalten, so war ich mit der Führung der Verhandlungen vollkommen einverstanden und habe ihren Gang vertrauensvoll verfolgt. (Beifall.)

**Der Kriegsminister v. Auffenberg**

befürwortete darauf in längerer Rede die neuen Wehrvorlagen der österreichisch-ungarischen Regierung. Er führte unter anderem aus: Es sei noch nie vorgekommen (!), daß ein Staat infolge Ueberanstrengung durch Militärausgaben zusammengebrochen sei. Der Minister hob hervor, daß just derjenige Staat, der immer die allergrößten, oft ganz unverhältnismäßig große Aufwendungen für seine Kriegsmacht machte, einen stetigen rapiden politischen und wirtschaftlichen Aufschwung bis zur Weltmacht genommen habe, nämlich Preußen-Deutschland. (Weite Kreise der Bevölkerung Deutschlands urteilen darüber etwas anders als der österreichisch-ungarische Kriegsminister. D. R.) Der Minister betonte ferner, daß die 300 Millionen, die die Annexionskrise gekostet hat, vermieden worden wären, wenn man in den Jahren vorher die Armee in den entsprechenden Zustand versetzt hätte. Eine Reihe günstiger Zufälle, wohlüberlegte diplomatische Führung und großzügig bewirkte Kriegsvorbereitung haben im Laufe eines einzigen Winters unsere Situation gebessert, und

**der treue starke Freund „in schimmernder Wehr“**

brachte uns jene Rückendeckung, der wir in jenem Momente gewiß nicht hätten entraten können.

Wir können uns dem Fortschritt oder besser gesagt dem Gleichschritt mit den anderen Völkern nicht entziehen. Gewiß, wir sind friedliebend bis in die Knochen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir der zentralst gelegene Staat Europas sind. Wenn wir auch ganz gewiß nie etwas von den anderen haben wollen noch wollen werden, so könnte doch der Fall vorkommen, daß die anderen von uns etwas wollen, was wir ihnen nicht gut geben könnten. Deshalb müssen wir bedacht sein, die Verfassung des Heeres in jeglicher Richtung zu bessern. Der Minister empfahl schließlich die baldige Verabschiedung der Wehrgesetzvorlage.

Auf verschiedene Anfragen erwiderte der Kriegsminister im Laufe der Debatte, er müsse gegenüber der irrtümlichen Auffassung seiner Aeußerungen über den Zustand der Armee erklären, er habe mit seinen Bemerkungen einzig und allein die unhaltbaren Standesverhältnisse in der Armee gemeint. Hier müsse Wandel geschaffen werden.

Der Ausschuß nahm sodann das Budgetprovisorium an und beschloß,

**ein Vertrauensvotum für den Minister des Aeußeren in den Bericht des Ausschusses aufzunehmen.**

Morgen vormittag findet eine Plenarsitzung der ungarischen Delegation zur Entgegennahme des Berichts des Ausschusses statt.

---

# Die Fischvergiftung im städtischen Obdach.

## Sieben neue Todesfälle. — Sechs neue Erkrankungen. Todesfälle in Potsdam und Hermsdorf.

Im Laufe des gestrigen Tages haben sich infolge der Massenvergiftungen im städtischen Obdach noch **sieben neue Todesfälle** ereignet. **Neuerkrankungen kamen sechs vor,** doch ist es bei diesen Krankheitsfällen noch fraglich, ob sie mit der Massenvergiftung im Zusammenhang stehen. Wie jetzt mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden konnte, sind die Massenvergiftungen durch den **Verkauf von verdorbenen Fischwaren seitens einzelner Asylisten hervorgerufen worden.** Alle anderen Nachrichten, die die Todesfälle und Erkrankungen auf verdorbenes Suppenmehl oder gar auf eine ansteckende Seuche oder Epidemie zurückführen, können schon jetzt mit Sicherheit als in das Gebiet der Phantasie gehörig zurückgewiesen werden. Es liegt daher für die Berliner Bevölkerung nicht die geringste Veranlassung vor, sich zu beunruhigen.

Wie wir schon im gestrigen Abendblatt mitteilten, sind die verdorbenen Fischwaren von Asylisten **in Vorrathallen erworben und vor dem städtischen Obdach und in diesem verkauft worden.** Wer einigermaßen die Verhältnisse im städtischen Obdach kennt und sich durch die magistratsoffiziöse Schönfärberei nicht täuschen läßt, weiß, daß in dem Asyl mit allen möglichen Sachen ein schwunghafter Handel getrieben wird, ein Handel, der sich nicht nur auf Eßwaren, alte Kleider usw., sondern auch auf den Umtausch und Einkauf von Spirituosen, zusammengebettelter Wurst und Fleischwaren sowie anderen, oft recht ekelerregenden Gegenständen bezieht. Die Aufsicht weiß dies wohl und drückt nicht nur ein Auge, sondern beide Augen zu, um ja nichts zu sehen.

Die Ermittlungen des Erkennungsdienstes der Kriminalpolizei haben zur Feststellung mehrerer dieser Händler geführt. Es werden uns hierüber folgende Einzelheiten berichtet:

Im Schauhause wurden gestern nachmittag von den Gerichtsärzten Geheimrat Straßmann, den Medizinalräten Hoffmann und Störmer und von Dr. Fränkel noch vier Leichen obduziert. Es waren dies die Leichen des Arbeiters Emil Hase, des Schneiders Neander Ritter, des Klempners Hermann Kühnel und des Steindruckers Reuter. Das Ergebnis war bei allen dasselbe und stimmte mit dem Ergebnis der gestrigen Obduktion des Arbeiters Max Voigt überein. Die Todesursache ist in allen vier Fällen Vergiftung, aller Wahrscheinlichkeit nach Fleisch- oder Fischvergiftung. Im Darm zeigten sich kleine Blutungen und Rötungen, wie sie bei solchen Vergiftungen auftreten. Für eine chemische Vergiftung fand sich kein Anhalt. Der Obduktion wohnte gestern auch der Vorsteher des polizeilichen Untersuchungsamtes, Regierungsrat Professor Dr. Juckenack bei. Der Mageninhalt war bei allen vier Leichen, ebenso wie bei Voigt wieder breiig. Einen Teil des Inhalts erhielt wieder Professor Lenz vom Institut für Infektionskrankheiten, den anderen Gerichtschemiker Dr. Jeserich zur genaueren Untersuchung.

Weil das Erbrochene der Kranken meist weggespült ist, so sieht man sich nach anderen Dingen um, durch die man vielleicht dem Ursprung der Massenerkrankungen näherkommen kann. So hat der Vorsteher des Schauhauses, Kriminalkommissar Dr. Röski die Müllkasten des Asyls von Kriminalbeamten durchsuchen lassen. Hierbei wurden auch

**Bücklingsreste gefunden,**

die man jetzt ebenfalls zur Untersuchung an Professor Lenz gesandt hat. Im Schauhause finden sich jetzt nach und nach viele Leute ein, um die Persönlichkeiten der Gestorbenen festzustellen. Bestimmt erkannt wurden:

der Schlosser Max Voigt, der im Jahre 1876 geboren ist, und dessen Frau in der Swinemünder Straße bei ihrer Mutter wohnt,

der Schuhmacher Georg Buche, am 23. April 1856 zu Küstrin geboren, dessen Frau gestorben ist. Sein Stiefsohn erkannte ihn.

Ferner der Schriftgießer Franz Großmann, der von seiner Schwester festgestellt wurde. Er ist am 1. Dezember 1886 zu Grünheide geboren, seine Eltern wohnen in Friedrichshagen.

Endlich der Bauarbeiter August Rathey, der, wie wir mitteilten, in der Georgenkirchstraße beim Betteln getroffen wurde und im Polizeigewahrsam starb. Er ist am 26. Oktober 1879 in Friedenshütte geboren. Die Leichen der fünf Obduzierten wurden von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben.

Ein Todesfall, an den nachträglich erinnert wird, steht mit den Vergiftungen nicht im Zusammenhange. Wie wir mitteilten, wurde am 21. d. M., abends um 9 Uhr am Eingang der Laubenkolonie Bötzow der 33 Jahre alte Arbeiter Emil Hennoch von zwei Schutzleuten tot aufgefunden. Man fand bei ihm verdorbene Bücklinge und vermutete damals, daß er vielleicht einer Vergiftung erlegen sei. Die Obduktion ergab jedoch, daß er an inneren Verletzungen, Leber- und Nierenzerreißung, gestorben ist. **Hennoch war überfahren worden.**

Gestorben sind noch zwei Personen. In das Krankenhaus wurden ebenfalls noch zwei Männer aufgenommen, und zwar unter dem Verdacht der Vergiftung. Es sind dies ein Arbeiter Preuß und ein noch nicht Festgestellter. Sie wurden von Beamten krank in Speisewirtschaften angetroffen und nach der Unfallstation geschickt. Sie haben unterdessen ein Krankenhaus aufgesucht. Von den Schwerkranken wird kaum einer mit dem Leben davonkommen.

**An Todesfällen**

kommen zu den beiden, die wir schon mitteilten, **noch fünf.** Die letzten werden auch diese sicher nicht sein.

**Krank gemeldet**

hatte sich außer dem Arbeiter Preuß noch ein anderer, der von Beamten in der Dirckſenstraße angetroffen wurde. Dieser ist jetzt festgestellt als **ein** am 17. Februar 1881 zu Prinzenthal geborener Arbeiter Karl Ferkau. Er hat die gestrige Nacht im Asyl zugebracht, sich dann in der Wärmehalle in der Dirckſenstraße aufgehalten, und klagte dort über Leibschmerzen. Seinen Angaben nach hat er keine Fische, wohl aber Kuchen gegessen. Hinzu kommen **noch vier Krankmeldungen.** Nachdem den Nachmittag über im Asyl nichts mehr vorgefallen war, klagten abends nach dem stärkeren Andrang wieder vier Asylisten über Unwohlsein.

Es sind dies die Arbeiter Willy Rundmann, am 7. 8. 80 in Berlin geboren,
Paul Zittlau, 15. 4. 49 zu Grünau geboren,
Albert Utringer, 25. 7. 75 in Zürich geboren
und Karl M. Franke, am 17. 2. 88 in Pozsbrowo geboren.

Ob diese Erkrankungen mit der Massenvergiftung in irgendeinem Zusammenhang stehen, ist noch zweifelhaft.

Der Erkennungsdienst, der von den Leichen Fingerabdrücke gemacht hat, ist jetzt mit allen Beamten dabei, so weit und so bald wie möglich die Persönlichkeiten der Toten festzustellen, damit Angehörige ermittelt und benachrichtigt werden können. Bei einer Reihe von Gestorbenen ist es schon gelungen.

## Ein Todesfall in Potsdam.

In Potsdam ist heute ein Mann unter denselben Erscheinungen, die sich in Zuckungen und Krämpfen äußern, auf der Straße zusammengebrochen; er hatte in Potsdam in der Herberge zur Heimat genächtigt. Man brachte ihn nach dem Potsdamer städtischen Krankenhaus, wo er bald darauf verstarb. Es handelt sich um den 60 Jahre alten Arbeiter Joseph Grane. Er ist vor einigen Tagen noch in Berlin gewesen, doch war es bisher nicht möglich, festzustellen, ob er auch das städtische Asyl in der Fröbelstraße besucht hat.

## Zwei Todesfälle in Hermsdorf.

Aus Hermsdorf an der Nordbahn wird gemeldet: In der vergangenen Nacht übernachteten in einer Scheune in Hermsdorf drei obdachlose Leute. Als heute vormittag einer erwachte, sah er seine beiden Kameraden sich vor Schmerzen wälzend neben sich liegen. **Bald darauf waren sie tot.** Von diesen Todesfällen erzählte er verschiedenen Leuten, die ihm rieten, sich doch an die Polizei zu wenden; das wollte er aber nicht, da er befürchtete, in ein Krankenhaus gesteckt zu werden. So entfernte er sich unerkannt. Die Leichen der beiden Personen wurden nach der Leichenhalle in Hermsdorf transportiert. Ueber die Todesursache und die Namen der beiden Toten konnte bisher nichts ermittelt werden. Sie waren, wie ihr Kamerad mitgeteilt hatte, mit diesem vor einigen Tagen in einem Asyl in Berlin gewesen. Ob auch hier die Todesursache auf Vergiftungserscheinungen beruht, bedarf noch der Aufklärung.

*

**Zur Ermittelung der Herkunft der verdorbenen Fische**

— in den Müllkasten sind außer Bücklings- auch Dorschreste gefunden worden — haben der Arbeiter Müller, der sich auf dem Wege der Wiedergenesung befindet und andere, die leichter erkrankt sind, wesentliche Anhaltspunkte gegeben. Der gestorbene Max Voigt war den Angestellten der Markthalle, den Polizeibeamten, die dort zu tun haben, und auch den Asylisten bekannt unter dem Spitznamen „Major Artur". Müller war an der Zentralhalle „Platzmajor". Er paßte besonders auf die Pferde der Schlächter- und Händlerwagen auf, und was er dabei verdiente, war sein „Betriebskapital" für seinen Handel mit Nahrungsmitteln, die er billig erwarb und an die Asylisten wieder verkaufte. Müller hat nun nach der Photographie den „Major Arthur" sofort wiedererkannt und weiß bestimmt, daß er von ihm in der Schankwirtschaft von Isaak ein Stückchen Dorsch und Bücklinge gekauft hat. Beides nahm er mit nach dem Asyl und verzehrte es dort. Außer Voigt hat aber an jenem Tage auch der Klempner Hermann Kühnel mit Bücklingen gehandelt. Von ihm haben andere Erkrankte, wie sie bekunden, gekauft. „Major Arthur" und Kühnel hatten beide eine kleine Kiste, in der sie ihre Waren trugen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch noch andere zu derselben Zeit mit geräucherten Fischen gehandelt haben. Dadurch erklärt es sich, daß eine so große Menge verdorbener Fische unter die Asylisten kam.

Daß eine Ansteckungskrankheit vorliegen sollte, dem widerspricht das Ergebnis aller bisherigen Ermittelungen, auch der bakteriologischen Untersuchung, die Professor Lenz sofort vorgenommen hat. Nicht ein einziges Tier reagierte auf die Versuche. Es ist auch ausgeschlossen, daß der Kreisarzt Dr. Hüttig in eine Aufhebung der Sperre des Asyls gebilligt hätte, wenn nicht bestimmt festgestellt worden wäre, daß es an einem Anhalt für das Vorliegen einer Infektionskrankheit fehlt.

## Kurze Chronik.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat in Berlin und in Paris ihre endgültige Zustimmung zu dem deutsch-französischen Marokkoabkommen schriftlich erklären lassen.

Der russische Zar ist mit seiner Familie gestern von Livadia nach Sebastopol abgereist.

Die Kammer des südamerikanischen Staates Uraguay hat einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung des Versicherungswesens angenommen.

Der Gesundheitsbeamte für den New-Yorker Hafen Dr. Doty ist seines Amtes enthoben worden, weil er die Quarantänevorschriften für Einwanderer nicht genügend beachtet hat.

* Näheres im Text des Blattes.

*

## Eine Mitteilung des Magistrats.

Das Nachrichtenbureau des Magistrats teilt mit: „Wegen der bekannten Vergiftungserscheinungen sind bis gestern abend 8 Uhr im ganzen **79 Erkrankte** in das städtische Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert worden. Von diesen sind **33 verstorben.** Die Gesamtziffer der Verstorbenen beläuft sich einschließlich der gestern im Krankenhaus Moabit verstorbenen zwei Personen und der im Obdach verstorbenen vier Personen auf zusammen **44.** Weitere Fälle derselben Krankheitserscheinung sind nach amtlicher Feststellung bis gestern abend in keinem der anderen städtischen Krankenhäuser zur Anmeldung gelangt.

Im übrigen hat gestern nachmittag vor Aufnahme der Abendbesucher des städtischen Obdachs sicherheitshalber eine nochmalige Desinfektion des Obdachs stattgefunden. Der gestrige Besuch des Obdachs hat gegen die vergangenen Tage keinen Rückgang zu verzeichnen.

Die gestern stattgefundene Leichensektion hat kein anderes Ergebnis als die vorgestrige Untersuchung gebracht, das heißt es liegt für Infektionskrankheiten kein Anhalt vor. Die Vergiftung ist anscheinend lediglich auf verdorbene Nahrungsmittel zurückzuführen. Die bakteriologische Untersuchung wird erst in einigen Tagen beendet sein."

*

## Im Berliner Nachtasyl.

**Es ist 5 Uhr abends, die Tore öffnen sich, die Gäste strömen ein. Nicht nur vielgestaltig, sondern auch vielsprachig ist das Heer der Obdachlosen; große, herkulische Männer neben kleinen, schmächtigen Jünglingen, die kaum die Schule verlassen haben. Hier klingt ein polnisches Wort an das Ohr, dort tönt ein russischer Fluch und dazwischen gemütliches Deutsch vom schönsten Schwäbisch bis zum scharfen, spitzen „Stock und Stein" des Mannes aus dem meerumschlungenen Schleswig-Holstein.**

**In einer Vorhalle stellt sich die Schar in einer zweigliedrigen Reihe auf. Ich höre gerade, wie ein schon etwas Aelterer, ein sogenannter „Speckjäger" zu einem scheinbar noch „Grünen" vertraulich sagte: „Wenn nachher gefragt wird, wer zum ersten Mal hier ist, bleibst du ruhig bei mir stehen. Ob du die Predigt morgen früh, daß du nur fünfmal kommen darfst und dir innerhalb dieser fünf Tage Arbeit verschafft haben mußt, mitanhörst oder nicht, ist doch ganz schnuppe; es ist alles Quatsch, ich komme, so oft ich will!"**

Nun erscheinen die Hilfstruppen des Asylinspektors, Zöglinge des Arbeitshauses in Rummelsburg, also Leute, die die Sache meistens aus eigener Erfahrung kennen. Schnell sind die Neulinge von dem Stamme geschieden. Die Stammleute gehen nun im Gänsemarsch an einem kleinen Schalter vorbei, wo sie einem Beamten den Namen und die Zahl der Tage ihres Besuches angeben, dann verbreiten sie sich im Schlafsaal. Die Neulinge sind während dieser Zeit zum Baden angetreten; in Reihen von 25 Mann stellen sie sich unter die an der Decke hinlaufende Wasserröhre, ein Ruck des Wärters, und das Wasser ergießt sich über die nackten Gestalten. Vorher haben diejenigen, die sich „unrein" fühlen, ihre Sachen zum „Ausbrennen" gegeben, sie erhalten sie nach dem Bade zurück, und mancher arme Kerl, der zum ersten Male hier ist, stöhnt oder schimpft: er hat seine „Trittchen" (Schuhe) mitgegeben, und die sind nun durch den heißen Dampf unbrauchbar geworden.

Wenn der erste „Schwung" abgebadet hat, werden auch sie in einen Saal eingelassen. Nun beginnt die Mahlzeit, eine Schüssel „Seelenkleister" (Mehl- oder Rumforthsuppe) und ein Stück „Hauf" (Schwarzbrot); die meisten verzehren es bis auf den letzten Bissen.

Kurz nach dem Essen ertönt das Kommandowort: „Schlafen gehen!" Die Holzpritschen, die bisher hochgestellt waren, werden herabgelassen; der Asylist legt seine „Kostbarkeiten", seien es Legitimationspapiere oder gar noch eine Uhr oder Geld, aber auch seine Fußbekleidung unter das Kopfbrett, damit es in der Nacht nicht „vertauscht" wird. Hat er noch einen Ueberzieher, so deckt er sich mit ihm zu und gebraucht die zur Pritsche gehörenden Decken als Unterbett. Im städtischen Asyle sind Drahtbettstellen mit einem dünnen Tuch zur Unterlage und einem anderen zum Zudecken; auch hier werden die „Kostbarkeiten" unter den Kopf gelegt, die Stiefel aber in die Füße des Bettgestelles gesteckt.

Wer aber glaubt, daß jetzt nach diesen Vorbereitungen wirklich geschlafen wird, der irrt sich. Jetzt beginnt ein neues Leben.

Dort in jenem Bette erzählen sich einige ihre „Fahrten". Witzworte und Sticheleien schallen herüber und hinüber. Es herrscht im allgemeinen eine humorvolle Stimmung vor, die durch das selbstverständliche „Du" noch befördert wird. Gänzlich bis jetzt miteinander Unbekannte sind schnell bekannt und mitteilsam: das gemeinsame Elend verbindet rasch. Eine Art Schuhmacher, natürlich ebenfalls ein Asylist, bietet seine Dienste an. Da er sehr billig ist, findet er große Kundschaft; die „Trittchen" sind eben die hochgeschätztesten Kleinodien des Kunden, sie kommen im Wertverzeichnis der „Kundenbörse" oben an. Ein Barbier schabt für einen Sechser oder Dreier den üppig sprossenden Bart, ein anderer handelt mit „Soref" (Schnaps), den er mit hereingeschmuggelt hat, ein ebenso beliebter wie geschätzter Artikel ist „Stift" (Kautabak), überhaupt herrscht ein reger Handel und Tauschverkehr mit allen möglichen Gegenständen; ein jeder sucht das gerade für sich nötigste zu vertauschen, oder aus einem, wenn auch nur noch irgendwie zu entbehrenden Stücke Geld herauszuschlagen. Die echten Kunden, die gewöhnlich des Tages über in Berlin eine ziemlich große Ausbeute gemacht haben und nun hier ihre Erfolge erzählen und klingen lassen, sind hochangesehen. Manch armer Bursche, der seine letzten fünf Pfennige für ein Stück Brot mit Wurst eben ausgab — er hat den ganzen Tag außer der Asylmahlzeit nichts gegessen, „Klinken putzen" (betteln) kann er noch nicht — schleicht sich scheu heran, um ein Wort zu erhaschen; morgen will er zum ersten Male „losgehen"; oder wenn er mehr Mut hat, bittet er den Erfahrenen um Belehrung, die ihm auch freundlich zuteil wird. Freilich muß er dann einen Teil des Erbettelten dem Mentor abgeben, aber was tut's, allein wäre er niemals „auf die Fahrt gestiegen", er hätte lieber weiter gehungert oder gar gestohlen.

Nun wird es allmählich ruhiger. Hier und da kommen noch einige Spätlinge, meistens etwas angeheitert, es wird von ihnen keine weitere Notiz genommen. Tiefe Atemzüge, von lautem Schnarchen unterbrochen, verraten, daß die Natur auch bei diesen Aermsten der Armen ihren Tribut fordert und sie wohltätig ihr ganzes Elend vergessen macht. Da, was ist das? Da hinten ertönt auf einmal ein lautes Stöhnen und Schreien, die meisten fahren auf und eilen nach dem Orte. Zwei verprügeln mit ihren Stiefeln einen Dritten: er wollte dem einen die „Flebben" (Legitimationspapiere) „klauen". Alle beteiligen sich, soweit sie können, an dieser Bestrafung, hier herrscht Lynchjustiz. Der Lärm wird immer größer, der Wärter kommt und stellt mit sanfter Energie den Frieden wieder her. Der Dieb wird hinausgeworfen, und bald verkündet wieder das regelmäßige Schnarchen, daß alles wieder in Ordnung ist.

Morgens um sechs Uhr (im Sommer um fünf) schreckt der Ruf „Aufstehen!" die armen Gestalten auf. Schnell wird nach erfrischender Morgenwäsche dieselbe Mahlzeit wie am Abend eingenommen, und dann geht es wieder hinein in den bitteren Kampf ums Dasein. Wie viele sind darunter, denen es nicht an der Wiege gesungen wurde, daß sie einst auf diese Weise das Leben fristen müssen! Hier ist alles vertreten: Handwerker, Arbeiter, Kaufleute, einstige mittlere und höhere Beamte, Studenten, ja sogar ehemalige Offiziere. Fremde und

## Vom Umgang mit Frauen.

Die „Nouvelle Revue Française" veröffentlicht Briefe, die der englische Staatsmann Graf Philipp Dormer Stanhope von Chesterfield, der 1694 geboren und 1773 gestorben ist, an seinen Sohn richtete. Chesterfields „Letters to his son" sind durchaus nicht unbekannt; sie erregten einst sowohl wegen des weltmännischen Tons, als auch wegen ihrer laxen Moral großes Aufsehen. Weshalb die französische Revue sie jetzt von neuem zum Abdruck bringt, ist nicht recht ersichtlich; da sie aber recht amüsant sind und neben ein paar minder guten auch einige gute Ratschläge enthalten, sei eine Briefstelle, in der der Lord seine Ansichten über die beste Art, die Weiber zu behandeln, kundgibt, hier mitgeteilt:

„Da die Frauen einen ansehnlichen Teil oder doch mindestens einen sehr zahlreichen Teil der Gesellschaft bilden", schreibt er, „und da ihre Stimmen von großem Gewicht sind, wenn es sich um die Begründung der Reputation eines Mannes in der „à la mode"-Welt handelt (für das Glück, das er zu machen ,oder für die Rolle, die er zu spielen gedenkt, ist das von großer Wichtigkeit), muß man ihnen um jeden Preis zu gefallen suchen. Ich will Dir daher über diesen Gegenstand gewisse Arkana mitteilen; sie könnten Dir, meine ich, von Nutzen sein, aber Du mußt sie unter allen Umständen geheim halten und niemals auch nur ahnen lassen, daß Du sie kennst. Also: die Frauen sind nichts weiter als Kinder, die nur ein bißchen größer sind als die echten, wirklichen Kinder. Sie können unterhaltend und manchmal sogar geistreich schwätzen; was aber den gesunden Menschenverstand und die Vernunft angeht, so habe ich in meinem ganzen Leben keine einzige kennen gelernt, die auch nur eine Spur davon gehabt, die vierundzwanzig Stunden hintereinander folgerichtig denken oder handeln gekonnt hätte. Irgendeine frivole Leidenschaft, irgendeine Laune macht sie in ihren besten Entschlüssen wankend. Man braucht nur ihre Schönheit unbeachtet zu lassen oder gar zu bestreiten, ihr Alter höher anzunehmen, als es in Wirklichkeit ist, den Esprit, den sie zu haben vermeinen, nicht gehörig zu würdigen, und sofort sind alle ihre kleinen und kleinlichen Leidenschaften entflammt und sämtliche Systeme vernünftigen Verhaltens, die sie sich vielleicht in besseren Momenten zurechtgelegt haben, glatt über den Haufen geworfen. Ein wahrhaft kluger Mann begnügt sich daher, mit ihnen nur zu spielen und zu scherzen; er ist galant und schmeichelt ihnen, wie man einem geweckten, aber launenhaften und unartigen Kinde schmeichelt. Er fragt sie niemals bei ernsten Angelegenheiten um Rat und vertraut ihnen davon nicht einmal zuviel an, aber er tut so, als wenn er es täte, denn es gibt nichts auf der Welt, worauf sie stolzer wären; sie mischen sich für ihr Leben gern in Sachen, von denen sie nichts verstehen, und verderben alles, indem sie alles großartig zu arrangieren glauben. Da sie nicht grundlos annehmen, daß die Männer mit ihnen nur Scherz treiben, beten sie den, der sie ein bißchen ernster nimmt und sie um Rat zu fragen und sich auf diesen Rat zu verlassen scheint, beinahe an. Ich sage absichtlich: scheint; die schwachen Männer tun es wirklich, die vernünftigen aber scheinen es nur zu tun."

Ein grober Mensch, der Graf Stanhope. C. E.

## Drei Fragen.

Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben: Gestatten Sie mir, Ihnen folgendes zu unterbreiten: Zu der am zweiten Feiertage vom Vorstand des Vereins „Neue Freie Volksbühne" veranstalteten Extravorstellung im Schillertheater Charlottenburg war der Andrang so groß, daß schon lange vor Anfang der Vorstellung — 3 Uhr nachmittags — die Billeturnen leer waren, also — wie die drei leitenden Herren angaben — ausverkauft. Gegen 3 Uhr füllte sich der Vorraum mit einer weit über hundert Personen zählenden Menge, die mit bereits bezahlten Karten für diese Vorstellung versehen waren, und nun erfahren mußten, daß alles besetzt sei. Als von vielen Seiten unwillig gefragt wurde, warum eine so große Anzahl Karten mehr verkauft worden sei, als Plätze im Theater vorhanden sind, kam plötzlich der eine der leitenden Herren mit einem Bündel Eintrittskarten in der Rechten und rief: „Hier sind noch einige Karten, diese kosten aber zwei Mark das Stück; wer will welche haben?" Im Nu waren die Karten vergriffen, und zwar wurden diese von einigen Herren erstanden, die überhaupt nicht nach der Mitgliedschaft gefragt wurden.

Es entsteht nun die Frage:

1. Mit welchem Recht werden zahlreiche Mitglieder mit dem Hinweis, sich von der Zahlstelle das bereits vor mehreren Wochen für diese Vorstellung bezahlte Geld zurückerstatten zu lassen, abgefertigt und die Billets zu erhöhten Preisen an Nichtmitglieder abgegeben?

2. Wem kommen die erzielten Ueberpreise zugute und wer trägt die durch das Verhalten der Leitung den Mitgliedern zu Unnutz verursachten Ausgaben an Fahrgeld usw.? Im Anschluß hieran:

3. Wo bleiben die fünfundfünfzigtausend Mark, die die 50 000 Mitglieder als Beitrag für die Monate Juni und Juli in jedem Jahre bezahlen, ohne irgendwelche Gegenleistung zu erhalten?

In der Annahme, daß von einer Volksbühne, die angeblich das Interesse ihrer Mitglieder wahrzunehmen bemüht ist, ein kontakteres Arbeiten zu erwarten sei, ist dringend eine genaue Aufklärung über diese drei Fragen erwünscht."

**Zum 75. Geburtstage von Georg Schweinfurth.** Professor Dr. phil. et med. h. c. Georg Schweinfurth, der hochverdiente Afrikareisende, begeht heute in Kairo, das ihm zur zweiten Heimat geworden ist, seinen 75. Geburtstag. Er stammt aus Riga, hat dann auf drei deutschen Hochschulen, zuletzt in Berlin, Naturwissenschaften und besonders Botanik studiert. Als Achtundzwanzigjähriger zog er zum erstenmal nach Afrika. Er durchforschte in den Jahren 1864 bis 1866 die Gebiete des östlichen Sudan und kam bis an die Grenze Abessiniens. Schweinfurth kehrte hier zwar um, aber nur mit dem Wunsche, diese damals noch unerschlossenen Gebiete des schwarzen Erdteils für die Wissenschaft zu öffnen. Im Auftrage der Humboldt-Stiftung der Berliner Akademie der Wissenschaften ging er 1868 zum zweiten Mal nach Aegypten. Am 5. Januar des folgenden Jahres brach er von Chartum auf, zog den Weißen Nil aufwärts zum Bahr el Ghazal und Djur, durchstreifte mit Sklavenhändlern die Gebiete der Dinka, Bongo und Niam-Niam, entdeckte im Land der Monbuttu den Uelle, fand das Zwergvolk der Akka. Ein Lagerbrand vernichtete fast alle seine Aufzeichnungen und Sammlungen, sein ganzes Eigentum. Aber er selbst kehrte nach zweieinhalb Jahren wohlbehalten nach Chartum zurück. Die Reise bedeutete einen großartigen Erfolg. Schweinfurth wurde 1872 der Gründer des Aegyptischen Instituts in Kairo, Generaldirektor der dortigen Museen und Sammlungen. Sein zweibändiges Werk „Im Herzen von Afrika" vereinigte die Ergebnisse seiner Reise und wurde ins Englische und ins Französische übersetzt.

In dem folgenden Jahrzehnt galten Schweinfurths Reisen besonders den botanischen, geologischen, aber auch den kulturgeschichtlichen Verhältnissen Aegyptens. In Südarabien und Jemen kehrte er ein, dreimal in Nordabessinien. Mit Güßfeldt zog er in die arabische Wüste, Virchow und Schliemann begleitete er 1887 in das Fayum. Zwei Jahre später gab er, dessen Interessen vornehmlich botanische geblieben waren, gemeinsam mit Ascheson die „Illustration der Flora Aegyptens" heraus und kehrte nach Berlin zurück. Aber noch immer weilt der Unermüdliche im Winter und Frühjahr in Aegypten, in Kairo und Luksor. Die lange Reihe seiner Schriften birgt Beiträge nicht nur botanischen und geologischen, sondern auch geographischen,

eigene Schuld, die sozialen Verhältnisse, ein einziger Fehltritt hat sie soweit gebracht. Viele gehen in dem Sumpfe dieses Elends zugrunde, nur wenige arbeiten sich mühsam wieder empor. H.

# Eine orthodoxe Leichenrede.

Ueber „Merkwürdiges vom rheinischen Konsistorium" wird der „Köln. Ztg." geschrieben:

Der Pfarrer Fliedner zu Köln-Nippes hatte am 25. September bei der Beerdigung eines Straßenbahnschaffners eine Grabrede gehalten, an der viele der Zuhörer Anstoß nahmen. Sie wollen nicht nur durch den auffallend erregten und scharfen Ton des Geistlichen abgestoßen worden sein, sondern behaupten auch, daß der Redner kein gutes Wort für den Verstorbenen übrig gehabt habe, der als Gatte und Vater wie in seinem Berufe seine Pflichten treu erfüllt habe. Dagegen habe der Pfarrer dem Verstorbenen vorgeworfen, daß er sein Leben nicht so eingerichtet habe, daß er dem Tod ruhig und getrost entgegensehen konnte, denn bis zum letzten Augenblick hätte er die Tröstungen der Kirche zurückgewiesen; jetzt stehe der Tote vor dem gerechten, unerbittlichen und unbestechlichen Richter, dem niemand entgehen könne. Diese Grabrede veranlaßte den bei der Beerdigung anwesenden Vertreter der Behörde des Verstorbenen, zunächst den Verwandten am Grabe die Versicherung auszusprechen, daß der Tote seine Pflichten als Schaffner stets treu erfüllt habe, auch weiter mit der Meinung nicht zurückzuhalten, daß Gott nicht unerbittlich sei, der Herr Pfarrer es auch wohl nicht sicher wisse, wie Gott den Verstorbenen richten werde. Außerdem richtete er als Mitglied der Kirchengemeinde Nippes an das rheinische Konsistorium eine Beschwerde, worin er darum bat, daß Pfarrer Fliedner derartige harte und verletzende Aeußerungen für die Zukunft verwiesen würden. Der Beschwerde war eine Reihe von Aeußerungen der Zuhörer beigegeben, die das Aergernis, das sie an der Rede genommen, deutlich widerspiegelten. Darauf kam am 12. Oktober folgende Antwort:

Auf die Beschwerde gegen den Herrn Pfarrer Fliedner in Köln-Nippes vom 29. v. M. wegen der Ansprache, die er auf dem Friedhofe zu Merheim am Grabe des verstorbenen Straßenbahnschaffners L. S. gehalten hat, erwidern wir Ihnen, daß wir nach Prüfung der Angelegenheit und insbesondere auch der in Frage stehenden Grabrede selbst, die uns im Wortlaut vorgelegt worden ist, keinen Anlaß finden, im Aufsichtswege gegen Herrn Pfarrer Fliedner einzuschreiten.

Bemerkenswert ist nun, was der Beschwerdeführer auf diese Antwort hin dem Konsistorium am 27. Oktober mitzuteilen hatte. Er hatte erfahren, daß Pfarrer Fliedner der Frau des Verstorbenen auf ihren Wunsch ein Exemplar der Grabrede übergeben hatte, hatte sich den Wortlaut dieser Grabrede angesehen und schrieb daraufhin dem Konsistorium:

„Ich erkläre, daß die mündliche Grabrede gerade in wesentlichen und in den von mir beanstandeten Stellen nicht dem entspricht, was Herr Pfarrer Fliedner schriftlich niedergelegt hat. Zunächst hat er die Tatsache, daß der Verstorbene die Tröstungen der Kirche zurückgewiesen hat, mündlich in einer viel schärferen, geradezu gehässigen Form ausgesprochen und daran unmittelbar die Worte angeschlossen: „Jetzt steht er vor dem gerechten, unerbittlichen und unbestechlichen Richter." Seine weiteren Ausführungen ließen die Zuhörer in gar keinem Zweifel darüber, daß nach Ansicht des Herrn Pfarrers Fliedner der Entschlafene aus diesen Gründen rettungslos der Verdammis verfallen sei. Die schriftliche Wiedergabe der Rede sagt etwas ganz anderes!"

Der Beschwerdeführer folgert aus der Entscheidung des Konsistoriums, daß diesem die Grabrede in der zweiten, harmloseren Form vorgelegen habe, setzt das Konsistorium durch Beilage einer Abschrift der harmloseren Form in die Lage, einen Vergleich mit der dem Konsistorium eingereichten Form vorzunehmen, und nennt endlich die Namen und Adressen von fünf Personen, darunter der Schwiegervater des Verstorbenen, die bezeugen könnten, daß die Rede so, wie der Beschwerdeführer darstelle, gehalten sei, nicht aber in der Form, die Pfarrer Fliedner der Witwe schriftlich mitgeteilt habe. Darauf erhielt er vom Konsistorium unter dem 20. November folgende Antwort:

In der Angelegenheit betreffend die Ansprache des Herrn Pfarrers Fliedner in Köln-Nippes am Grabe des verstorbenen Straßenbahnschaffners S. haben wir ersteren erneut gehört, namentlich auch bezüglich Ihrer Angabe, daß die niedergeschriebene Grabrede erheblich von der mündlich vorgetragenen abweiche. Nach seiner ausdrücklichen Erklärung, an der zu zweifeln wir keinen Anlaß haben, stimmt die niedergeschriebene Rede in allen ihren Ausführungen bis aufs Wort genau mit dem überein, was er am Grabe des Verstorbenen gesagt hat. Hiernach können wir nur annehmen, daß Ihre Auffassung der Ansprache auf Mißverständnissen beruht und muß es bei unserem Bescheide vom 12. Oktober sein Bewenden haben.

Der Beschwerdeführer hat nun unter dem 7. Dezember die Hilfe des Oberkirchenrates angerufen. Er hat eine Reihe schriftlicher Erklärungen der von ihm angeführten Zeugen über den Hergang am Grabe und ihre Auffassung von der Ansprache beigefügt mit der Versicherung, daß die Zeugen bereit sind, ihre Erklärungen eidlich zu erhärten. Man darf gespannt darauf sein, wie der Oberkirchenrat entscheiden wird.

Unseres Erachtens hatte das Konsistorium die Pflicht, die von dem Beschwerdeführer vorgeschlagenen Zeugen zu hören. Denn auch für kirchliche Behörden gilt der alte deutsche Rechtssatz: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede; man soll sie billig hören beede" — selbst wenn der eine Mann ein orthodoxer Pfarrer ist. Angesichts dieses Falles wiederholen wir die bei der Affäre Kraatz aufgeworfene Frage, ob es in Preußen nur ein Vorrecht der „Positiven" ist, an den Aeußerungen von liberalen Geistlichen Aergernis zu nehmen, und ob Andersdenkende sich von orthodoxen Zeloten alles sagen lassen müssen. Angesichts dieses neuen Falles orthodoxer Unduldsamkeit können wir nur wiederholt darauf hinweisen, daß alle diejenigen, die sich solchen Verletzungen nicht aussetzen wollen, gut tun werden, bei der Beerdigung von Angehörigen auf den „Trost" der Kirche, wenn er von solcher Seite kommt, zu verzichten.

# Die Metzeleien in Täbris.

(Telegraphische Berichte.)

**London,** 28. Dezember.

Hier eingetroffene Meldungen aus Teheran berichten, daß **die Russen in Täbris 600 Männer, Frauen und Kinder hingeschlachtet** haben. Die Russen drangen in die Häuser der Perser ein und vergewaltigten die Frauen vor den Augen ihrer Angehörigen. Die Soldaten schießen jeden nieder, der sich auf der Straße zeigt.

## Wer wird Shusters Nachfolger?

**Teheran,** 28. Dezember.

Wie bekannt wird, möchten der Regent und das Kabinett den ersten Assistenten Shusters Cairns zum Generalschatzmeister ernennen, wahrscheinlich wird aber der Zolldirektor, der Belgier Mornard, der Nachfolger Shusters werden.

---

**Ein Landrat darf alles, ein Seminardirektor nicht.** Wie der „Königsb. Allg. Ztg." berichtet wird, ist der Seminardirektor Torowsky in Ragnit von seiner vorgesetzten Behörde genötigt worden, den Vorsitz des nationalliberalen Vereins niederzulegen.

**Die Pensionskasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft.** Einige von der Hauptversammlung der Pensionskasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft beschlossene Aenderungen der Satzungen der Pensionskasse sind von dem Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten mit der Maßgabe genehmigt worden, daß die Aenderungen bereits am 1. Januar 1912 in Kraft treten. Soweit die Bezirksausschüsse bei der Durchführung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Aufgaben zu erfüllen haben, die nach der Reichsversicherungsordnung den Versicherungsämtern zufallen, sind bis zur Errichtung von Oberversicherungsämtern oder Sonderoberversicherungsämtern die diesen nach der Reichsversicherungsordnung zufallenden Aufgaben den zurzeit für die Arbeiterversicherung der einzelnen Eisenbahndirektionsbezirke nach § 30 der Satzungen bestehenden Schiedsgerichten übertragen worden. Demzufolge haben diese Schiedsgerichte bis auf weiteres über alle Beschwerden und Berufungen zu entscheiden, die nach dem fünften Nachtrage gegen Bescheide oder Entscheidungen der Bezirksausschüsse oder des Kassenvorstandes an das Oberversicherungsamt zulässig sind. Die Bildung der bei den Bezirksausschüssen zu errichtenden Beschlußausschüsse ist alsbald vorzunehmen.

**250 neue Post- und Telegraphengehilfinnen.** Wie man uns schreibt, sind unter den im nächsten Reichspostetat beantragten neuen etatsmäßigen Stellen 250 Stellen für weibliche Angestellte. Damit übersteigt die Zahl der im Reichspost- und Telegraphendienst fest angestellten Frauen 6000. Der letzte Reichsetat für das Jahr hatte 400 neue Stellen geschaffen; und wenn auch die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für Postgehilfinnen im nächsten Jahr nicht in dem bisherigen Maße fortschreitet, so ist doch immerhin wieder aus Sparsamkeitsgründen eine dauernd steigende Anstellung von weiblichen Kräften im Reichspost- und Telegraphendienst zu verzeichnen. Es war bereits angekündigt, daß mit Rücksicht auf die etwas ins Stocken geratene Anstellung der Beamten eine gewisse Einschränkung in der Verwendung weiblicher Hilfskräfte zu erwarten war. Ein gewisser Ausgleich hierfür ist dadurch geschaffen, daß in dem laufenden Jahre den Postämtern dritter Klasse die Ermächtigung erteilt ist, weibliche Hilfskräfte zu verwenden.

# Das Ende der Mandschu-Dynastie?

## Der chinesische Thron fügt sich den Aufständischen.

(Telegraphischer Bericht.)

**Peking,** 28. Dezember.

Die Kaiserin-Witwe, Jüanschikai und die Mandschuprinzen haben den ganzen Vormittag damit verbracht, über die von der Friedenskonferenz in Schanghai gemachten Vorschläge zu beraten. Prinz Julang und Prinz Tsaitao traten dem Plan entgegen, eine zahlreichere und mehr repräsentative Konferenz als die in Schanghai einzuberufen, während sich Prinz Tsching für diesen Plan aussprach. Der Thron wurde sich schließlich dahin schlüssig, den Vorschlag anzunehmen. Infolgedessen ließ der Thron dem Kabinett die Weisung zukommen, das notwendige Reglement für die **Einberufung einer neuen Konferenz** auszuarbeiten und die Delegierten der Friedenskonferenz in Schanghai davon zu verständigen, daß der **Thron die Entscheidungen dieser neuen repräsentativen Konferenz annehmen werde, welche Regierungsform sie auch beschließen möge.**

Angesichts der Tätigkeit der Aufständischen in Schanghai fragen sich die Regierungsbehörden, ob die Aufständischen die lange Verzögerung, die bei Einberufung einer neuen Konferenz unvermeidlich wäre, annehmen werden, obgleich die Haltung des Thrones keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er bereit ist, abzudanken, wenn die Abdankung das einzige Mittel wäre, die gegenwärtige Krisis zu beseitigen.

**Peking,** 28. Dezember.

Heute abend wurde ein kaiserliches Edikt bekanntgemacht, in dem der Thron seine Zustimmung ausspricht zu der vorgeschlagenen repräsentativen Konferenz, die über die Regierungsform Chinas entscheiden soll. — In einer gestern abgehaltenen Versammlung mongolischer Fürsten wurde beschlossen, die **Unabhängigkeit der Mongolei** zu erklären, wenn China Republik werde, anderenfalls aber die Mandschus zu unterstützen.

## Rußland und die Mongolei.

**Petersburg,** 28. Dezember.

Gegenüber einer Zeitungsmeldung, der Minister des Auswärtigen Sasonow habe in einer Unterredung mit dem chinesischen Gesandten in Petersburg sich dahin geäußert, die russischen Truppen seien nicht zur Okkupierung in die Mongolei eingerückt, sondern nur zum Schutze der Interessen der russischen Staatsangehörigen, erklärt das Ministerium des Auswärtigen, diese Meldung entspreche nicht den Tatsachen. Der Minister habe mit dem chinesischen Gesandten keine derartige Unterredung gehabt, auch seien **russische Truppen nicht in die Mongolei eingerückt.**

---

**Russische Repressalien.** Ein Telegramm aus Petersburg meldet uns: Die Nationalisten haben in der Reichsduma einen Gesetzvorschlag eingebracht, durch den amerikanische Juden ohne Ausnahme nicht zugelassen und bedeutende Zollerhöhungen auf amerikanische Waren eingeführt werden sollen.

**Die Dumdumgeschosse.** Die türkische und die italienische Heeresverwaltung beschuldigen sich gegenseitig, Dumdumgeschosse zu verwenden, die, wie bekannt, völkerrechtlich verboten sind. Nach einer Meldung des „Corriere d'Italia" aus Alexandria ist dort bei dem Komitee des roten Halbmonds aus der Cyrenaika eine Kiste mit Dumdumgeschossen angekommen, die von den Italienern benutzt worden sein sollen und die die Türken bei ihren angeblichen Siegen erobert hätten. Die nationalistischen Lokalblätter erheben einen großen Lärm darüber. Der Korrespondent des italienischen Blattes behauptet, daß es sich um türkische Geschosse handle, die von Konstantinopel nach der Cyrenaika geschickt worden wären, von wo sie nun zurückkehrten. Die Geschosse trügen nicht, wie behauptet worden war, die Marke der italienischen Staatsfabrik, dagegen trügen die Kisten die Fabrikmarke eines auswärtigen Hauses, das an die Türkei liefere.

**Der Kampf um die amerikanische Präsidentschaft.** Wie aus Cleveland (Ohio) telegraphisch berichtet wird, hat der Senator Lafollette, der Präsidentschaftskandidat der pro-

---

ethnographischen und prähistorischen Inhalts. Mit Ratzel gab er Emin Paschas Reisebriefe und Berichte heraus. Viele Auszeichnungen sind Schweinfurth zuteil geworden; zahlreiche geographische und naturwissenschaftliche Gesellschaften ernannten ihn zum Ehrenmitgliede und verliehen ihm ihre goldenen Medaillen.

**Theaterchronik.** Die Uraufführung von Hermann Bahrs neuestem Werk, dem dreiaktigen Schwank „Das Tänzchen" im Lessingtheater ist auf Sonnabend, 6. Januar angesetzt worden. In der Silvestervorstellung, mit der Gerhart Hauptmanns „Biberpelz" neu in den Spielplan aufgenommen wird, wirken mit die Damen Albrecht, Crusius, Eberty, Lehmann und die Herren Hellweger, Köhler, Marr, Monnard, Nickelt, Sauer, Stieler, Ziener.

Heinrich Schroth hat seinen Vertrag mit der Generalintendantur der königlichen Schauspiele auf gütlichem Wege gelöst, um sich anderweit als moderner Schauspieler betätigen zu können.

In der Kurfürstenoper gelangt die Opernnovität „Der Schmuck der Madonna" von Wolf Ferrari von Sonnabend an bis auf weiteres täglich zur Aufführung. Als Nachmittagsvorstellung geht am Neujahrstage „Das goldene Kreuz" neu einstudiert in Szene.

Harry Walden wurde mit seinem Vaudeville „Der Brettlkönig" vom Apollotheater auch für den Monat Januar verpflichtet.

**Ferdinand Hummel** feiert am 1. Januar sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Dirigent der Schauspielhausmusik. Der Künstler hat zu einer langen Liste von Dramen, die auf dem Spielplan des Hoftheaters stehen, die Musik geschrieben, so zu den Königsdramen Shakespeares, zu Wildenbruchs „Heiligem Lachen", zu den „Liedern des Euripides", zu Kleists „Penthesilea" und zu Hebbels „Nibelungen". Ferdinand Hummel ist jetzt 56 Jahre alt. Er stammt aus einer Musikerfamilie und wurde früh als Harfenvirtuose berühmt. Er hat auch außerhalb seiner Tätigkeit am Schauspielhaus zahlreiche Kompositionen geschaffen, Sologesänge, Männerchöre und Opern.

**„Das Mirakel" in Berlin.** Trotzdem sich der Aufführung des „Wunder" in Berlin sehr große Schwierigkeiten hindernd in den Weg stellen, kann man es heute doch schon als wahrscheinlich hinstellen, daß Karl Vollmöllers Stück mit der Musik von Humperdinck auch in Berlin in Szene gehen wird. Selbstverständlich ist mit einer Aufführung in dieser Saison nicht mehr zu rechnen. Dagegen dürfte sich der Plan einer Berliner Aufführung für Weihnachten nächsten Jahres realisieren.

**Führungen im Museum für Naturkunde.** Im Januar finden Sonntags, den 7., 14. und 21., von 10½ bis 12 Uhr wieder Führungen unter Leitung von Beamten statt; in der zoologischen Abteilung werden besprochen: 1. Der Vogelflug, 2. Korallen und Schwämme, 3. fliegende Tiere; in der geologisch-paläontologischen Abteilung: 1. Vulkanismus und 2. Entwickelung der Säugetiere, und in der mineralogisch-petrographischen Abteilung: 1. Gold und Silber, 2. Kupfer-, Blei- und Zinkerze und 3. Eisenerze.

**August Strindbergs Gesundheit** war in der letzten Zeit sehr angegriffen. Der Dichter hatte sich durch Erkältung eine Lungenentzündung zugezogen, die einen bedenklichen Verlauf zu nehmen drohte. Wie aus Stockholm gemeldet wird, ist die Gefahr jetzt gehoben.

**Maeterlincks Wette.** Maurice Maeterlinck, der jüngste der literarischen Nobelpreisträger, befindet sich gegenwärtig auf der Reise nach Amerika. Diese Reise hat Veranlassung zu einer merkwürdigen und drolligen Wette zwischen ihm und dem Leiter der Oper zu Boston gegeben. Bei der Wette handelt es sich darum, ob es dem Dichter gelingen wird, Boston zu erreichen, ohne erkannt und von den amerikanischen Reportern interviewt zu werden. Maeterlinck hat sich noch nie interviewen lassen und gedenkt dieser Gewohnheit treu zu bleiben. Nach den Wettbedingungen hat er das Recht, sich jeder beliebigen Verkleidung zu bedienen; wird er aber erkannt, so ist er verpflichtet, sich der Operation eines Interviews zu unterwerfen. Die Wette geht um 500 Dollars, und wie aus New-York berichtet wird, bewachen die dortigen Reporter bereits Tag und Nacht den Hafen, um den „blauen Vogel" nicht durchs Garn schlüpfen zu lassen.

**Das Sündenregister des Zensors.** Der in den letzten Monaten leidenschaftlich angegriffene englische Theaterzensor Mister George A. Redford hat vor einigen Tagen sein Abschiedsgesuch eingereicht, das nun, wie ein Londoner Blatt berichtet, genehmigt worden ist. Mit dem 1. Januar 1912 legt Mr. Redford sein Amt nieder, und sein kürzlich ernannter Assistent Mr. C. H. Brokkfield wird voraussichtlich der Nachfolger werden. Bei dieser Gelegenheit gibt das Blatt ein Sündenregister des scheidenden Zensors, das sich nur auf seine Tätigkeit bei der Ueberwachung von Theateraufführungen bezieht. Mr. Redford hat im Interesse des Staatswohls folgende Taten vollbracht: nach der 145. Aufführung der Pantomime „Kismet" verbot der Zensor einem Chormädchen, in seidenen Trikots aufzutreten. Der Zensor verbot die Aufführung des „Mikado" im Savoytheater während des Besuches des Prinzen Fuschimi, weil er meinte, daß die berühmte Operette dem japanischen Prinzen mißfallen könne. Der Zensor verbot die Aufführung von Maeterlincks „Monna Vanna", weil in dem einen Akte angenommen ist, daß die Heldin unter ihrem Mantel keine weiteren Kleidungsstücke trägt, erlaubte jedoch den „Teufel", der genau dieselbe Szene enthält. Der Zensor verbot die Aufführung der „Salome", hielt dies Verbot jahrelang aufrecht und gab dann das Stück plötzlich frei. Der Zensor verbot die Aufführung von Shaws Stück „Frau Warrens Gewerbe", in dem die Unmoral gegeißelt wird, und erlaubte die Aufführung der „Frühlingsküken", in denen die Unmoral zum Gegenstand lustiger Scherze gemacht wird. Der Zensor verbot während seiner Amtstätigkeit insgesamt 43 Stücke, von denen er jedoch später dreizehn wieder freigab. Der Zensor hegte ursprünglich die Absicht, die von Max Reinhardt inszenierte Aufführung des „König Oedipus", die im Covent Garden stattfindet, zu verbieten.

**Städtebaulicher Wettbewerb.** Für die künstlerische Gestaltung der Plätze und Straßen um den neuen Bahnhof in Karlsruhe in städtebaulicher wie architektonischer Hinsicht ist ein Wettbewerb ausgeschrieben. Als Preisrichter sind die Herren Professoren Goecke, Geheimrat Professor Henrici und Architekt Herm. Jansen, Berlin, der Oberbürgermeister Siegrist und Finanzminister Exzellenz Rheinboldt ausersehen worden.

**Vier Millionen Mark für drei Rembrandts.** Wie der „Deutschen Korrespondenz" aus New-York gemeldet wird, hat der amerikanische Kunstsammler P. A. B. Widener in Philadelphia, der vor kurzem schon Rembrandts „Mühle" angekauft hat, jetzt drei weitere Rembrandts erworben, die zusammen vier Millionen Mark gekostet haben. Es sind dies „Apostel Petrus am Tische schreibend", „Porträt eines Mannes" und ein biblisches Bild.

**Fingerabdrücke als Ausweise.** Die ersten, die die aus dem kriminalistischen Erkennungsdienst bekannten Fingerabdrücke im täglichen Leben verwendet haben, sind die Amerikaner. Seit einigen Jahren können auf den Philippinen Leute, die des Schreibens unkundig sind, ihre Fingerspuren im Verkehr mit Banken an Stelle der Unterschrift verwenden. Nach einer Zusammenstellung des „Messaggero" gibt es diese Art von Ausweisen auch in anderen Ländern: in Rumänien läßt seit dem Jahre 1903 ein Ministerialerlaß den Fingerabdruck als Ausweis an Stelle einer Unterschrift zu; eine ähnliche Vorschrift soll in Aegypten für Dienstboten bestehen, und in der Republik Argentinien werden von Staats wegen seit dem Jahre 1906 für Kutscher, Dienstmänner, Dienstboten und verschiedene andere Angestellte Fingerabdrücke zum Ausweise nicht nur anerkannt, sondern verlangt.

**gressistischen Republikaner,** seinen Wahlfeldzug in Ohio und im Westen begonnen. **Ergriff die Trusts an** und kennzeichnete die Macht, die sie auf Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung ausübten. Er kritisierte auch die Payne-Aldrich-Zolltbill und den Aldrichschen Währungsreformentwurf, der darauf nur berechnet sei, die Macht der Trusts zu erhöhen.

## 6. Preußischer Lehrertag.

(Telegraphischer Bericht)

II.*

**Hannover,** 28. Dezember.

Zur Begründung seiner Leitsätze wies Rektor Peters mit Entschiedenheit die Behauptung zurück, daß unsere Jugend verwildert sei und immer schlechter werde. Die Statistik könne nicht als vollgültiger Beweis hingenommen werden. Heute kämen alle Vergehen vor den Strafrichter, während früher diese Dinge in der Werkstätte vielfach der Meister selbst erledigt habe. Diese Verhältnisse haben sich geändert. Die Jugendpflege ist notwendig geworden infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Jugend vom Elternhause loslösen und die Familie auflösen. Bedauerlich ist, daß man bisher bei allen Veranstaltungen das weibliche Geschlecht ziemlich vernachlässigt hat, während die jungen Mädchen scharenweise in die Fabriken und Warenhäuser gehen und es an jeder ausreichenden Vorbildung für sie fehlt. Wenn der Mann nichts taugt, dann ist das für die Familie bedauerlich. Taugt die Frau aber nichts, **dann geht die Familie zugrunde.** Eine gesunde Familie ist noch immer das Fundament unserer nationalen Zukunft.

Der Redner wandte sich gegen die Absicht,

**die Jugendpflege**

**als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie**

zu benutzen. Es ist immer noch besser, wenn ein junger Mann einem sozialdemokratischen Jugendverein angehört, als wenn er in gar keinen Jugendverein ist und **verbummelt und verlumpt.** Damit ist keineswegs gesagt, daß man sich mit den sozialdemokratischen Zielen **einverstanden** erklärt. Es mag auch in der sozialdemokratischen Jugendpflege manche gesunden Grundsätze geben. Aber es ist zu bedenken, daß hinter den sozialdemokratischen Jugendvereinen immer **der Parteilöwe lauert.** Die Schwierigkeiten der Jugendpflege liegen in der Erkennen der jugendlichen Psyche. Die Jugendpflege muß Volkssache werden. (Beifall.)

An das Referat schloß sich

**eine lebhafte Aussprache.**

Lehrer Konrad **Agahd**-Rixdorf: Die Massen müssen Direktiven bekommen. Der Preußische Lehrerverein ist auch eine solche Masse, die ihre Richtlinien durch den Lehrertag erhalten muß. Ein Preußischer Lehrertag aber darf nicht sagen, daß es besser sei, wenn ein junger Mann einem sozialdemokratischen Jugendverein angehört als gar keinem. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich warne Sie dringend, die Jugendpflege auf das politische Gebiet zu bringen. (Beifall und Widerspruch. Zuruf: Das tun Sie!) Es ist gefährlich, wenn diese Sache auf das politische Gebiet geschoben wird. Daß es geschieht, **sogar in ausgedehntem Maße,** geht daraus hervor, daß

**das Staatsministerium**

**die Sache in die Hand genommen hat. Die Notwendigkeit, die Sache in die Hand zu nehmen, war für das Staatsministerium eine politische Notwendigkeit (!!) Es ist aber nicht Sache des Lehrertages, zu untersuchen, ob diese politische Notwendigkeit vorliegt oder** nicht, sondern wir dürfen uns nur mit der Sache selbst befassen. Ich warne auch davor, die Statistik zu leicht zu nehmen. So erst wie jetzt lagen die Verhältnisse noch nie. **Diese Notlage hat ja gerade das Kinderschutzgesetz notwendig gemacht,** durch das manches gebessert worden ist. Aber wenn alljährlich noch 3000 bis 7000 jugendliche Fürsorgezöglinge vorhanden sind, so bedeutet das etwas Furchtbares. Es muß der Weltkultur unserer Zeit eine Menschenkultur entgegengehalten werden und diese Menschenkultur muß eine Mutterkultur sein. Alle Schulen des Landes von der Volksschule bis zur Universität müssen in den Dienst der Sache gestellt werden, Menschen heranzubilden. Wir müssen die gebildeten Kreise munter machen, damit sie die Röcke ausziehen und mitarbeiten als Vorturner und zeigen, daß sie die Jugend lieben und achten. Dazu ist unsere Vereinsorganisation die geeignete Stätte. Gott wolle uns bewahren, daß in die Jugendpflege der Modernismus hineinkomme und sie als eine Mode für wenige Jahre betrachtet werde. Unsere Vereine müssen der Jugendpflege einen planmäßigen Weg bereiten. (Teilweiser Beifall.)

Stadtverordneter und Lehrer **Stark**-Magdeburg: Den Ausführungen des Referenten über den Erlaß des Kultusministers kann ich eine vollere Zustimmung geben als mein Jugendwund Agahd. Der Erlaß des Kultusministers ist der äußeren Form und dem inneren Gehalt nach ein Meisterstück. Er gibt ganz bestimmte Hinweise, grenzt scharf ab und auf Grund des Erlasses wird jeder, denn die Jugendpflege am Herzen liegt, mitarbeiten können. Der Erlaß bewirkt aber, daß auf der einen Seite zu wenig, auf der anderen Seite zu viel getan wird. Der Staat tut zu wenig, denn die eine Million ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Andererseits geschieht von den Vereinen zu viel. Jahrreiche Vereine hängen sich jetzt das Mäntelchen der Jugendpflege um, und allerhand Gründungen schießen wie Pilze aus dem Boden. Es besteht die Gefahr, daß man sich durch die Pfadfindervereine, die Jugendwehren, Jungdeutschland usw. zu viel in Einzelheiten bewegt und zu wenig auf das Ganze geht. Und daß diese von **militärischer** und **anderer** Seite begünstigten Veranstaltungen den anderen nützlichen und notwendigen Vereinen

**den Boden untergraben.**

Die ganze Bevölkerung muß Anteil nehmen an der Sache. Die Form, in der der Referent von den sozialdemokratischen Jugendvereinen gesprochen hat, kann man sich **sehr gut gefallen** lassen. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Ich stehe auch auf dem Standpunkt: Es ist besser, wenn der junge Mann einem sozialdemokratischen Jugendverein angehört, als wenn er verbummelt, der Sumpferei verfällt und durch diese Laster seine Gesundheit untergräbt. Wenn wir die körperliche Ertüchtigung der Jugend erstreben, so wird dies auch durch das Turnen und Wandern in den sozialdemokratischen Jugendvereinen erzielt und damit wird dann ebenfalls ein kräftiges Geschlecht herangebildet. **Damit ist noch nicht gesagt,** daß wir die Ziele der Sozialdemokratie nicht bekämpfen sollen. Ein ganzer Mann wird dann schon schon selbst damit fertig werden. Von der sozialdemokratischen Partei können wir aber manches lernen, nämlich die Art, wie sie die Jugendbewegung unterstützt. In einer Stadt, nicht weit von hier, hat man 80 000 Mark für ein Jugendheim ausgegeben und 8000 in den alljährlichen Etat für die Jugendpflege eingestellt. Das sollten unsere **Stadtverwaltungen** nachmachen. Sehr bedauerlich ist es, daß wir in Magdeburg noch nicht einmal einen Jugendausschuß haben, und daß meine Anregung auf Gründung eines Jugendheims abgelehnt worden ist. (Hört, hört!)

**Noetzel**-Nebheim: Mir ist der Passus über die sozialdemokratischen Jugendvereine im Referat durchaus unwider. Der Referent hat als Wissenschaftler gesprochen. Aber er war kein schlauer Politiker. Wir stehen auf dem Boden des Vaterlandes und müssen Rücksicht nehmen auf die uns umgebenden Strömungen und Richtungen. Man nennt den Preußischen Lehrerverein kühl und leck antikirchlich und antireligiös und beschuldigt ihn der antimonarchischen Gesinnung. (Widerspruch.) Wir sind Volkserzieher und wir bedürfen des Vertrauens des ganzen Volks. Es genügt uns nicht, bloß von den Verstehenden richtig beurteilt zu werden, sondern wir bedürfen des Vertrauens der Massen, und dürfen dieses nicht frivol mit Füßen treten. Deshalb müssen wir

**politisch schlau**

sein. Wir stehen auf sittlichreligiösem und monarchischem Boden, und da wollen wir uns das Unkraut nicht erst großziehen, um es nachträglich ausjäten zu müssen. **Wir stehen auf dem Boden des Kampfes gegen die Sozialdemokratie.** Der Redner beantragte daher folgenden Zusatz:

„Jede Anerkennung sozialdemokratischer Erziehungsbestrebungen wird abgelehnt."

Sauerbrey-Celle vermißt in dem Referat eine Stellungnahme zu der Bewegung Jung-Deutschland. In Kollegenkreisen hat man vielfach den Kopf über diese Bewegung geschüttelt und mir als Mitglied der Militärkommission den Vorwurf gemacht, daß ich diese Bestrebungen unterstütze, die von Männern ausgehen, die den Volksschullehrern sonst wenig **freundlich gesinnt** seien und ihnen wenig Achtung entgegenbrächten. Nun mag es ja sein, daß es Offizierskreise gibt, die dagegen sind, daß Volksschullehrer Reserveoffiziere werden. (Rufe: Zur Sache!) Ich möchte bitten, die Jugendpflege in jeder Form zu unterstützen, möge sie aus **kirchlichen, vaterländischen** oder **militärischen** Kreisen kommen.

Rektor **Hoehne**-Berlin stellt fest, daß die Leitsätze des Referenten sich durchaus im Rahmen

**der Beschlüsse des Straßburger Lehrertages**

bewegen. Es ist aber nicht notwendig, die Schwierigkeiten der Jugendpflege dem großen Publikum in den Leitsätzen vor Augen zu führen und es ist auch nicht notwendig, die Ziele der Jugendpflege nochmals besonders hervorzuheben. Ich stehe gerade nicht auf dem Standpunkt, daß die preußische Lehrerausbildung vollkommen ist. Aber sie ist auch nicht so mangelhaft, daß für die Jugendbildner noch besondere Kurse notwendig sind. (Zustimmung.) Der Lehrertag soll nicht in den Ruf nach neuen Kursen einstimmen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner beantragte daher im Sinne seiner Ausführungen die These 2 zu **streichen** und in der These 3 nicht die Fürsorgeerziehung für die verwahrlosten Kinder in den Vordergrund zu stellen. Man möge den Blick auf die gesunde Jugend richten und in erster Linie dafür sorgen, daß das Gesunde gesund und das Starke stark bleibt. (Beifall.)

**Bartsch**-Breslau stellt den Antrag:

„Jede parteipolitische Beeinflussung der Jugendlichen ist zu verwerfen."

**Hieronimus Beer:** Auf dem Lande wird heute noch fast gar keine Jugendpflege getrieben, weil man an die Jugend nicht herankommen kann. Die Fortbildungsschule muß obligatorisch sein und den Ausgangspunkt der Jugendpflege bilden.

**Schüttler**-Hannover: Junge Leute, die aus unseren Vereinen ausgetreten und in die sozialdemokratischen Jugendvereine eingetreten waren, sind wieder zu uns zurückgekommen und haben erklärt: Es geht uns dort zu roh zu. (Hört, hört!) In den sozialdemokratischen Jugendschriften wird man nur sehr wenig von Jugendpflege finden. Wer mit ganzem Herzen bei der Sache ist, wird nicht wünschen, daß das, was wir erstrebt haben, einfach niedergerissen wird. In den Innungen ist die Jugendpflege an der richtigen Stelle. Sie würde, unter veränderten Verhältnissen richtig betrieben, auch den Gewerkschaften überlassen werden können.

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen. In seinem Schlußwort führte Rektor Peters aus: Man muß sich in einer preußischen Lehrerversammlung auch über die Ziele der Jugendpflege aussprechen. Nun ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich mit den sozialdemokratischen Jugendvereinen zu glimpflich verfahren sei. Ein Teil der Jugendlichen bleibt in der Familie und ist dort am besten aufgehoben. Ein anderer Teil strebt nach kirchlichen Vereinen und soll dort bleiben. Ein dritter Teil geht in die interkonfessionellen und freiheitlichen Vereine und möge dort bleiben. Aber der junge Mann ist in einem sozialdemokratischen Jugendverein immer noch besser aufgehoben als in gar keinem. (Beifall und Widerspruch.) Nicht ich habe die Sache

**auf das politische Gebiet gebracht,**

sondern Herr Agahd. (Sehr richtig!) Wenn wir von Anfang an die sozialdemokratischen Jugendvereine **bekämpfen,** dann begeben wir uns **damit** auf das politische Gebiet. (Lebhafte Zustimmung.) Die Schlauheit des Kollegen Noetzel kann ich nicht mitmachen. Das wäre

**nicht ganz ehrlich.**

Ich will nicht Fuchs sein, der sagt: die Sozialdemokratie ist mir zu sauer und darum wende ich mich von ihr ab. Wir müssen uns klar aussprechen. Wenn es in einem sozialdemokratischen Jugendverein roh hergegangen ist, was sagt das? Es mag sein, daß der eine oder andere Verein nicht den richtigen Leiter hat und daß in ihm ein roher Ton herrscht. Aber wissen wir das? Ich bin noch in keinem sozialdemokratischen Verein gewesen und das Urteil von ein paar Schülern kann mir nicht maßgebend sein. Wenn wir darauf hören wollten, so wird es auch manchen jungen Mann geben, dem die christlichen Vereine nicht gefallen haben. Jungdeutschland ist mir noch zu jung. Warten wir, bis das Kind groß geworden ist. (Heiterkeit und Beifall.) Nehmen Sie die Thesen unverändert an. (Stürmischer Beifall.)

Nach einer längeren Spezialdebatte, die sich gleichfalls notwendig mit der Stellungnahme zu den sozialdemokratischen Jugendvereinen beschäftigte, wurde die These 1 des Referenten angenommen mit folgendem Zusatzantrag des Lehrers **Boer**-Magdeburg: „Die Jugendpflege muß darum frei bleiben von jeder einseitigen Tendenz." Die übrigen Thesen wurden **en bloc angenommen.**

Der zweite und letzte Punkt der Tagesordnung betraf

**die Reform der staatlichen Schulverwaltung in Preußen.**

Der Referent Lehrer **Diekmann**-Magdeburg legte hierzu folgende Leitsätze vor:

1. Die staatliche Schulverwaltung kann nur dann volle Gewähr für eine gedeihliche Entwickelung des Schulwesens bieten, wenn sie in ihren Einrichtungen und in ihrer Wirksamkeit den Bedürfnissen der Schule und den Eigenarten der erzieherischen Tätigkeit vollauf Rechnung trägt.

2. Daher ist am meisten Sicherheit gegeben, wenn die Unterrichtsverwaltung nicht mit der Verwaltung anderer Institutionen verbunden ist, sondern in allen Instanzen selbständige Behörden besitzt, die möglichst eine kollegiale Verfassung haben und in denen das fachmännische Element ausreichend zur Geltung kommt.

Die Unterordnung der Schulverwaltung unter die Organe der allgemeinen Staatsverwaltung und die Durchführung der Präfektur in der Verwaltung des Volksschulwesens sind daher abzulehnen.

3. Nur unter diesen Voraussetzungen erscheint eine weitergehende Uebertragung von Verwaltungsbefugnissen auf die unterstet, der Schule am nächsten stehenden Behörden (Dezentralisation) zweckmäßig und wünschenswert.

4. Die unterstet Instanzen der staatlichen Schulverwaltung bilden eine im Kreise zu errichtende Schulbehörde unter dem Vorsitz eines hauptamtlich angestellten Kreisschulinspektors, der ein im Volksschuldienst praktisch bewährter Fachmann sein muß. Ihm sind alle diejenigen Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung zu überweisen, für die die Mitwirkung von höheren Instanzen nicht unbedingt erforderlich ist. In den mittleren und obersten Instanzen unterstellt die Verwaltung des gesamten höheren und niederen Schulwesens einschließlich des Fach- und Fortbildungsschulwesens derselben Behörde.

5. Zur Beratung der Unterrichtsbehörden in allen wichtigen Schulfragen wird in jeder Instanz ein aus freigewählten Vertretern der Lehrerschaft und anderen des Erziehungswesens kundigen Personen bestehender Beirat gebildet.

Zur Begründung führte der Redner aus, daß verwaltungstechnische und sonstige Rücksichten unter allen Umständen hinter den pädagogischen Rücksichten zurückstehen müssen, soll die Volksschule nicht schweren Schaden erleiden. **Kein** Regierungspräsident ist so mit der Eigenart der Volksschule vertraut, daß er besser entscheiden könnte als die kollegiale Bezirksschulbehörde. Auch ein schultechnischer Beirat würde keinen genügenden Ersatz bieten. Mit noch größerer Entschiedenheit muß zurückgewiesen werden, daß gewisse untergeordnete Schulfragen dem Landrat überwiesen werden. Nicht noch als bei der Bezirksverwaltung fehlt es hier an einer sachgemäßen Beratung und Beeinflussung durch pädagogisch geschulte Kreise. Die preußische Lehrerschaft muß entschieden eine Dezentralisation der Schulbehörde ablehnen, die sie einfügen würde in das Gefüge der allgemeinen Staatsverwaltung, durch die sie dem Bureaukratismus untergeordnet und der Gefahr einer politischen Beeinflussung ausgesetzt werden würde. Man hat den Eindruck, als ob die Loslösung der Fortbildungsschule vom Handelsministerium von gewissen Kreisen erstrebt wird, weil sie glauben und hoffen,

**ihre kirchlichen Ansprüche**

auf die Leitung der Fortbildungsschulen beim Kultusministerium leichter durchzusetzen als beim Handelsministerium. (Das war tatsächlich die Absicht. Red.) Von der Erfüllung dieser Wünsche erwarten sie eine **Befestigung** ihrer Position, die sie in der Schulverwaltung **leider immer noch innehaben.** Einen jeden bureaukratisch zugeschnittenen Reformplan müssen wir entschieden ablehnen. Es ist nicht das erstemal, daß die preußische Lehrerschaft ihre Stimme erhebt für eine Ausgestaltung der Verwaltung der preußischen Volksschule. Der Vorwurf, daß die Lehrerschaft dabei Standesrücksichten verfolgt, ist unberechtigt. Sie hat stets ihre Standeswünsche den Rücksichten auf die Allgemeinheit untergeordnet. In der Schule und in der Schulverwaltung kann es **niemals** eine Hierarchie der Lehrer geben. Herr der Schule ist der Staat, und alle in ihr tätigen Kräfte müssen sich dies stets vor Augen halten zum Wohle des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

**Gutke**-Alt-Bukowitz wandte sich gegen die **geistliche** Schulaufsicht.

**Tews**-Berlin: Die Selbstverwaltung der Schulbehörden hätte in den Leitsätzen etwas schärfer betont werden können. Mit Recht wenden sich die Leitsätze entschieden dagegen, daß der erste politische Beamte des Kreises an die Spitze der Schulverwaltung gestellt werden soll. Die Bildungsanstalten sind ein so bedeutender Faktor im Staate, daß sie

**den Verwaltungsbehörden nicht angegliedert**

werden dürften. Eigentlich muß an die Spitze der Forderungen gestellt werden die Forderung eines **freien Unterrichtsministeriums.** Der Redner beantragt, in These 4 die Worte „einschließlich des Fach- und Fortbildungsschulwesens" zu streichen. Diese Kreise sind jetzt dem Handelsministerium angeschlossen und damit durchaus zufrieden. Man würde, auch wenn wir die Angliederung an das Unterrichtsministerium verlangen, dies mit der Einschränkung tun, daß mit dieser Angliederung keine kirchliche Belastung verbunden sein darf. Diese Einschränkung aber würde nicht immer im Auge behalten werden, sondern es würde einfach heißen: Der preußische Lehrertag hat sich für die Angliederung an das Kultusministerium erklärt.

Mit der Streichung Tews' wurden die Thesen des Referenten **einstimmig angenommen und der Lehrertag geschlossen.**

## Marokkovertrag und Senat.

(Telegraphische Berichte.)

**Paris,** 28. Dezember.

Die **Senatskommission** für das **deutsch-französische Abkommen** trat heute nachmittag wieder unter Vorsitz von Léon Bourgeois zusammen und hörte nochmals den **Ministerpräsidenten** und den **Minister des Aeußern de Selves** über die **Verhandlungen,** die dem **Madrid** nach **Fez** vorangegangen waren.

**Paris,** 28. Dezember.

Beim Beginn der heutigen Sitzung der **Senatskommission für das deutsch-französische Abkommen** bemerkte der Vorsitzende **Bourgeois,** in der letzten Zusammenkunft der Kommission sei über den **Kongo** kein Wort gefallen und ausschließlich über **Marokko** gesprochen worden. — Zum provisorischen Berichterstatter wurde **Poincaré** gewählt.

Darauf verbreitete sich **de Selves** über die **Besprechungen mit Deutschland.** Als Cambon eine Unterredung bezüglich Marokkos in Berlin mit dem Reichskanzler v. **Bethmann Hollweg** begonnen hatte, verwies ihn dieser an den Staatssekretär des Aeußeren v. **Kiderlen-Waechter,** der damals in Kissingen war. Kiderlen-Waechter war anfangs **außerordentlich zurückhaltend** und stellte **unannehmbare Forderungen,** zum Beispiel die Besetzung von Mogador durch Deutschland. Als Cambon diese Forderungen **zurückgewiesen** hatte, kam v. Kiderlen-Waechter schließlich darauf, ihm zu sagen, daß, wenn Frankreich wirklich eine Entente wolle, es nötig sein würde, **mit Deutschland von etwas anderem als von Marokko zu sprechen.** Er sprach zuerst, wie es scheint, das Wort Kompensation in einem Briefe, den er im Juni an **Cruppi** richtete. **Cambon** ließ erkennen, daß er gemäß den Absichten handele, die ihm der Minister zu erkennen gegeben hatte. In diesem Augenblick wurde die Sitzung unterbrochen. Es ist daher noch unbekannt, ob Cambon oder Kiderlen-Waechter zuerst von Kongo gesprochen hat. Indessen bemerkten mehrere Mitglieder der Kommission, daß entgegen den Erklärungen, die Caillaux im Laufe der letzten Kommissionssitzung machte, in Kissingen von etwas anderem gesprochen wurde, als von wirtschaftlichen Problemen. Es wird versichert, daß **Cruppi** darüber Aufklärungen geben wird und den ganzen diesbezüglichen Briefwechsel vorlegen wird. Während der Pause meinte ein Kommissionsmitglied, es bestände der Eindruck, die Kommission der Kammer habe sich täuschen lassen. Die Regierung habe immer vorgegeben, die Mitteilung gewisser Schriftstücke könne die Gefahr internationaler Verwickelungen heraufbeschwören. Das trifft nicht zu. Die Regierung könne alles sagen und die Senatskommission werde sie dazu zu zwingen wissen.

### Eine ständige Besatzung für Agadir.

**Tanger,** 28. Dezember.

Eine **Abteilung scherifischer Truppen** wird demnächst an Bord eines französischen Kreuzers als **ständige Besatzung nach Agadir** entsandt werden.

## Letzte Nachrichten

**Glatz,** 28. Dezember. Der französische Spion Hauptmann **Arz,** der im Juni dieses Jahres zu sechs Jahren Festung verurteilt wurde, ist heute aus der Festung Glatz **entflohen.** Es ist bisher noch nicht gelungen, des Flüchtigen habhaft zu werden.

**Frankfurt a. M.,** 28. Dezember. In der heutigen Stadtverordnetensitzung legte Oberbürgermeister Adickes den Entwurf eines neuen **Haushaltsplanes** vor. Da die Mehrausgaben 1 600 000, die Mehreinnahmen aber nur 850 000 Mark betragen, bleibt ein **Fehlbetrag** von 750 000 Mark zu decken. Der Magistrat hofft jedoch, ohne Steuererhöhungen auszukommen.

**Bamberg,** 28. Dezember. Das Schöffengericht verurteilte den früheren Kronacher **Reichstagsabgeordneten Dr. Pfeiffer** wegen Beleidigung des Rechtsanwalts **Kühn**-Nürnberg im Wahlkampfe zu 500 Mark Geldstrafe. Kühn wurde im Wege der Widerklage zu 10 Mark verurteilt.

**Paris,** 28. Dezember. Der Zollausschuß der Kammer hat wegen der **Teuerung der Lebensmittel** beschlossen, für einzelne Sorten von geschlachtetem Fleisch **Zollerleichterung** und für gesalzenes Schweinefleisch eine **vorübergehende Zollermäßigung** zu beantragen. Der Zoll auf ausländischen Futtermais soll **vorübergehend aufgehoben**

*) Der Anfang des telegraphischen Berichts befindet sich im gestrigen **Abendblatt.**

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist in Schöneberg (Wannseebahn); für lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer in Berlin; für den Inseratenteil: Paul Gräp in Groß-Lichterfelde.

**Hierzu Beiblatt.**